

Die CDU Fraktion kann und wird diesem Haushalt nicht zustimmen.

Dies möchte ich kurz begründen.

Werfen wir einen Blick auf den Ergebnishaushalt, dieser ist negativ. Das heißt, die Erträge der Stadt Crivitz decken die Aufwendungen nicht. Mit -1.004.600 € sind wir dort im Minus. Dieses Loch wird mit Rücklagen ausgeglichen. Dann weist der Finanzhaushalt a) der Einzahlungen und Auszahlungen ein Defizit von - 838.300€ aus und b) aus der Investitionstätigkeit -1.350.600 € minus. Macht zusammen -2.188.900 € Defizit. Hierfür werden u. a. Kredite aufgenommen. Und wenn wir diesem Haushalt so zustimmen, werden wir in Zukunft nicht mehr zahlungsfähig sein bzw. rutschen ins Haushaltssicherungskonzept. Dies sollte absolut nicht unser Ziel sein.

Unsere Liquidität hat in den vergangenen Jahren dramatisch abgenommen. Wie auf Seite 8 sichtbar ist, sind Ende 2019 1.374.618,25 € liquide Mittel vorhanden - Ende 2020 hingegen nur noch 536.318,25 €. Betrachten wir die Tabelle weiter, werden 2025 die liquiden Mittel aufgebraucht sein und wir sind komplett auf FK angewiesen. Dies wird voraussichtlich noch viel früher passieren, da die unkontrollierte Personalpolitik insgesamt und allein in Bezug auf die Reinigungskosten unsere Auszahlungen in die Höhe treiben. Im Jahr 2018 haben wir für die Reinigung durch Fremdanbieter 180.000 € ausgegeben. Im vorliegenden Haushaltsplan 2020 sind allein 250.000 € Personalkosten für die Reinigungsfachkräfte eingeplant. Hinzu kommen ein Auto, Maschinen und Geräte, sowie Reinigungsmaterial. Aktuell liegen wir bereits 100.000 € über den Reinigungskosten die wir bisher für Fremdanbieter ausgegeben haben. Es ist eingetreten, was wir von vornherein befürchtet haben, die Reinigungskosten laufen aus dem Ruder. Desweiterhin lässt der Abbau der liquiden Mittel auch auf eine unplanmäßige Investitionspolitik schließen. Auch die stetig steigenden Abschreibungen die zurzeit noch ca. 850.000,00€ und ab 2021 ca. 1,1 Mio € betragen werden, führen zur einer Dauerbelastung der nächsten Haushaltsjahre, da diese jetzt und in der Zukunft zu erwirtschaften sind.

Weiterhin wird auf Seite 2 festgestellt:

.....1)..... *„Die Erträge und Aufwendungen sind in ihrer voraussichtlichen Höhe, die Ein- und Auszahlungen sind in der Höhe der im Haushaltsjahr voraussichtlich eingehenden oder zu leistenden Zahlung zu veranschlagen. Diese wurden sorgfältig geschätzt, soweit sie nicht errechenbar sind oder entsprechende Orientierungsdaten zugrunde liegen.*

Damit sind die uns vorliegenden Daten im Haushalt nicht gesichert und unterliegen einer angeblichen Schätzung oder entsprechen einer nicht gesicherten Orientierung...

und ...2).....*wird weiterhin auf der Seite 2 festgestellt: „ Für die Stadt Crivitz liegen mittlerweile die Jahresabschlüsse bis einschließlich 2017 vor, die Jahre 2016 und 2017 sind jedoch noch ungeprüft. Für die Darstellung der Entwicklung basieren die Daten dieser Jahre auf Rechnungsergebnisse, für alle weiteren Jahre wurden die vorläufigen Rechnungsergebnisse bzw. die Planungsdaten angenommen.“*

Somit liegt seit dem Haushaltsjahr 2015 kein weiterer geprüfter und testierter Jahresabschluss mehr vor.

Laut § 60 Abs. 4 Kommunalverfassung, heißt es **„Der Jahresabschluss ist innerhalb von fünf Monaten nach Abschluss des Haushaltsjahres aufzustellen.“ Also bis spätestens zum** 31.05. des Folgejahres und spätestens bis zum 31.12. festzustellen. Gemäß der Kommunalverfassung ist damit diese Vorlage zum Haushaltsatzung 2020 rechtswidrig.

„Unter Verweis auf den Prüfvermerk des hauptamtlichen Rechnungsprüfers, erteilte der Rechnungsprüfungsausschuss der Stadt Crivitz, in seiner Sitzung am 05.03.2019, dem Jahresabschluss 2015 den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk und empfiehlt der Stadtvertretung Crivitz, den vorliegenden Jahresabschluss zum 31.12.2015 zu beschließen.“ Seit diesem Tage sind keine weiteren geprüften Jahresabschlüsse vorgelegt worden.

Insgesamt muss man hieraus feststellen, dass in der Stadt Crivitz kein gesicherter Überblick zur aktuellen Finanzlage vorhanden ist. Wir sind bereits im achten Jahr nach der Doppik Einführung und die GemHVO-Doppik und Kommunalverfassung bilden somit für uns auch die Grundlage. Eine derartige lange zurückliegende ungeprüfte Phase von 4 Jahren der Jahresabschlüssen würde auch die Kommunalaufsicht nicht zu lassen. Wir können heute nicht einfach Steuererhöhungen und Kreditaufnahmen beschließen, aus dieser unübersichtlichen Finanzlage.

Wir möchten noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen das im letzten Prüfbericht des Rechnungsprüfungsausschusses auf der Seite 2 vom 05.03.2019...festgestellt wurde....."Die Ausschussmitglieder weisen erneut daraufhin, dass Beschaffungen im Rahmen ordentlicher Auftragsvergaben erfolgen müssen. Es sind Vergleichsangebote nach den gesetzlichen Vorgaben einzuholen." Allein aus dieser Feststellung heraus ist nicht nachgewiesen und testiert das diese gesetzlichen Vorgaben auch in den nachfolgenden Jahren 2016,2017,2018 einhalten wurden.

Auch eine geplante Erhöhung der Grundsteuer A und B, sowie der Gewerbesteuer wird diese Entwicklung nicht aufhalten. Die Ausgaben erfolgten bisher unkontrolliert, hier ist Abhilfe zu schaffen. Diese Defizite auf dem Rücken der Einwohner der Stadt Crivitz (durch die Grundsteuer sind alle Einw. betroffen) und den Unternehmen der Stadt auszutragen, kann nicht mit der Politik der CDU vereinbar sein. Bisher war es immer ein hoher Anspruch der CDU, dass die Ausgaben der Stadt und die Einnahmen in einem gesunden Verhältnis stehen. Seit mehreren Jahren kann nur noch ein Missverhältnis beobachtet werden.

Seit 2014 wurden kontinuierlich die angesammelten Rücklagen aufgebraucht, die Liquiden Mittel aufgebraucht, die Kassenbestände aufgebraucht und zusätzlich in einem noch nie vorgekommenen Maße die Steuern erhöht. Und so haben die Ausgaben erstmals ein Volumen von über 10. Mio € erreicht.

Ein kurzer Blick noch auf die Entwicklung der Kita und Hortgebühren. Hier besteht bis 2019 eine Kostenteilung zwischen Land, Kreis, Kommune und Eltern. In sogenannten Entgeltverhandlungen haben hier die Anpassungen der Zahlungsanteile für das Land, Kreis und der Eltern stattgefunden. Die Kommune hat dadurch die Möglichkeit, Anpassungen vorzunehmen und Kostenerhöhungen in z.B. Energiekosten, Personalkosten usw. zu verteilen. Die letzte Entgeltverhandlung für den Hort fand 2016 statt und für die Kita 2017. In 2018 und 2019, das sind 2 Jahre, sind keine Entgeltverhandlungen durch die Bürgermeisterin durchgeführt worden. Dieses Fehlverhalten belastet unseren Haushalt zusätzlich, da wir, die Stadt als Träger der Einrichtungen, auf nicht verteilte Kosten sitzen bleiben werden.

Auch sind noch nicht die Kosten für 2020 und den Folge Jahren benannt worden - für die heutige Aufstellung des B- Planes für ein Energiepark und des Teilflächennutzungsplan der B- Plan, sowie die tiefgreifenden planerischen Untersuchungen.

Die Haushaltswirtschaft muss nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit folgen gemäß § 43 Abs. 4 der Kommunalverfassung. Das ist in der heutigen Vorlage der Haushaltssatzung für 2020 nicht erkennbar.